

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Bauen, Stadtplanung und Umwelt
am Donnerstag, dem 12.03.2026
im Ratssaal**

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 20:36 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzende

Frau Franka Dannheiser

Ausschussmitglied

Herr Thomas Balster
Frau Sylvia Boog
Herr Kurt Feldmann-Jäger
Herr Andreas Gärtner
Herr Dr. Johannes Kandzora
Herr Thomas Krampfer
Herr Andreas Preuß
Herr Hans-Jürgen Rahlf
Herr Detlev Schulz (ab 17:47 Uhr)
Herr Marius Sirocko
Herr Dr. Wolfgang Stein

stellvertretendes Ausschussmitglied

Herr Hans Heinrich Voigt

Von der Verwaltung

Frau Sabine Kling
Frau Kathrin Teichert
Herr Bernd Heilmann
Herr Daniel Meer
Herr Ingo Kühl
Herr Jürgen Strube
Herr Matthias Kuck (bis TOP 16.1)
Frau Erika Jahn (bis TOP 16.1)
Herr Jens Grunewald (bis TOP 7)
Frau Gaby Herrmann
Frau Petra Kröger, Protokollführerin

Außerdem anwesend

Herr Henning Scheid, Büro BPV Architekten GmbH
Herr Louis Breuninger, Büro BPV (Architekten GmbH)
Ratsfrau Ulrike Göking
Ratsherr Arne Rüstemeier
Ratsherr Hasan Horata
Frau Doris Kühnhorn, Seniorenbeirat
Herr Eberhard Fischer, Seniorenbeirat
Frau Gunda Meyer, Kieler Nachrichten
Herr Rolf Ziehm, Holsteinischer Courier
ca. 12 ZuhörerInnen

Entschuldigt:

Ausschussvorsitzender

Ratsherr Askan Grimmelsmann

beratendes Mitglied

Frau Nadine Horstkotte (unentschuldigt)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Tagesordnung vom 12.03.2026
4.	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.02.2026
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Anträge und Anfragen
7.	Walther-Lehmkuhl-Schule, Roonstr. 90 KFZ-Technik - Erweiterungs- und Ersatzneubau Vorlage: 0612/2023/DS
8.	Grundsatzbeschluss zur Erteilung der gemeindlichen Zustimmung nach § 36 a Baugesetzbuch (BauGB) im Zusammenhang mit dem sog. "Bau-Turbo" Vorlage: 0635/2023/DS
9.	63. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Brückenstraße/Rendsburger Straße" - Beschluss über Stellungnahmen - Abschließender Beschluss Vorlage: 0622/2023/DS
10.	62. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Messeerweiterung" - Aufstellungsbeschluss - Durchführung einer Umweltprüfung - Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: 0605/2023/DS
11.	Bebauungsplan Nr. 102 A "Messeerweiterung" - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 102 "Max-Eyth-Straße/Brückenstraße (Messeumfahrung)" - Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 102 A "Messeerweiterung" - Durchführung einer Umweltprüfung - Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: 0629/2023/DS
12.	Ersatzneubau eines Schlammsilos auf der Kläranlage Neumünster Vorlage: 0626/2023/DS
13.	Neufassung der Entgeltordnung TBZ Vorlage: 0538/2023/DS
15.	Dringliche Vorlagen

16.	Mitteilungen
16.1.	Brandschutzmaßnahmen an diversen Schulen Aktueller Sachstand Vorlage: 0262/2023/MV
16.2.	Interessenbekundungsverfahren Parkcenter - Einordnung eines Schreibens eines Interessenten Vorlage: 0273/2023/MV
16.3.	Sonstige Mitteilungen

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Franka Dannheiser, eröffnet die Sitzung um 17:30 Uhr, begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Es besteht Einvernehmen darüber, die Tagesordnungspunkte 17 bis 20.2 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

3 .	Tagesordnung vom 12.03.2026
-----	-----------------------------

Es besteht Einvernehmen, die Tagesordnung in der vorgesehenen Reihenfolge abzuhandeln.

4 .	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.02.2026
-----	---

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 05.02.2026 vorgebracht.

Über den in der Sitzung am 05.02.2026 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschluss wurde schriftlich als Anlage zur Niederschrift über die Sitzung am 05.02.2026 berichtet. Die Anlage steht im öffentlichen Teil des Ratsinformationssystems zur Verfügung.

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Anfragen für die Einwohnerfragestunde vor.

6 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Es liegen keine Anträge und Anfragen vor.

7 .	Walther-Lehmkuhl-Schule, Roonstr. 90 KFZ-Technik - Erweiterungs- und Ersatzneubau Vorlage: 0612/2023/DS
-----	---

Herr Grunewald bringt die Drucksache ein und erläutert diese kurz.

Im Ausschuss stellt Herr Scheid, Geschäftsführung der BPV Architekten GmbH aus Hamburg, eine Präsentation zum geplanten Neubau von Werkstatt- und Ausbildungsräumen für die berufliche Ausbildung im Bereich Fahrzeugtechnik vor.

Im Anschluss werden aus dem Ausschuss verschiedene Fragen und Anmerkungen zur vorgestellten Planung des Neubaus der Werkstatt- und Ausbildungsräume vorgebracht, insbesondere:

- Nachfragen zum Brandschutzkonzept und zu den vorgesehenen Rettungswegen
- Fragen zur baulichen Situation zwischen Bestandsgebäude und geplantem Neubau
- Anmerkungen zur Möglichkeit einer Dach- bzw. Fassadenbegrünung
- Fragen zur Kostenentwicklung sowie zur vorgesehenen Finanzierung des Projektes

Die Verwaltung sowie Vertreter der Schule und des Architekturbüros beantworten die gestellten Fragen und erläutern ergänzend die pädagogischen Anforderungen an die neuen Werkstattflächen, insbesondere vor dem Hintergrund der technischen Entwicklungen im Bereich der Fahrzeugtechnik und Elektromobilität.

Seitens der Verwaltung wird zudem darauf hingewiesen, dass geprüft werde, das Projekt über Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes zu finanzieren. Dadurch würde der gedeckelte Investitionshaushalt der Stadt voraussichtlich nicht unmittelbar belastet. Die entsprechenden Förderrichtlinien werden für Ende März erwartet.

Die gezeigte Präsentation wird im Ratsinformationssystem zum betreffenden Tagesordnungspunkt bereitgestellt.

Beschluss:

1. Der Planung für den Ersatzneubau der KFZ-Technik an der Walther-Lehmkuhl-Schule wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel im Haushalt, die Baumaßnahme umzusetzen (Baubeschluss).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

8 .	Grundsatzbeschluss zur Erteilung der gemeindlichen Zustimmung nach § 36 a Baugesetzbuch (BauGB) im Zusammenhang mit dem sog. "Bau-Turbo" Vorlage: 0635/2023/DS
-----	---

Stadtbaurätin Kling, Herr Meer und Frau Teichert führen in die Drucksache ein. Die gezeigte Präsentation wird im Ratsinformationssystem zum betreffenden Tagesordnungspunkt bereitgestellt.

Die Änderungsanträge werden wie folgt vorgebracht:

- Ratsherr Sirocko bringt den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und BfB/Die Basis ein.
- Ratsherr Dr. Kandzora bringt den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, BfB/Die Basis und der Bürger für Neumünster ein.
- Herr Dr. Stein bringt den Antrag der FDP-Fraktion ein.

Nach einer kurzen Diskussion wird die Sitzung für eine gemeinsame Beratung der antragsstellenden Fraktionen unterbrochen.

Die Sitzung wird von 19:18 Uhr bis 19:44 Uhr unterbrochen.

Ratsherr Rüstemeier zeigt sich erfreut darüber, dass während der kurzen Unterbrechung Eckpunkte für eine Lösung erarbeitet werden konnten. Ziel sei es, die Inhalte der verschiedenen Änderungsanträge zusammenzuführen und bis zur Sitzung des Hauptausschusses einen gemeinsamen Änderungsantrag einzubringen.

Als Grundlage dient dabei die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache, ergänzt bzw. geändert durch Vorschläge verschiedener Fraktionen.

Der Entwurf des gemeinsamen Änderungsantrags soll vorab der Verwaltung zur Durchsicht und für mögliche Hinweise zur Verfügung gestellt werden, damit eine fundierte Beratung im Hauptausschuss erfolgen kann.

Es wird betont, dass es nicht darum gehe, einzelne Positionen auszuschließen, sondern eine tragfähige gemeinsame Lösung aus der komplexen Antragslage zu entwickeln. Es wird einstimmig beschlossen nicht über die vorliegende Drucksache abzustimmen.

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

9 .	63. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Brückenstraße/Rendsburger Straße" - Beschluss über Stellungnahmen - Abschließender Beschluss Vorlage: 0622/2023/DS
-----	--

Die Ausschussvorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob eine Einbringung der Drucksache durch die Verwaltung gewünscht ist. Dies ist nicht der Fall. Anschließend wird über die Drucksache abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung hat die während der Veröffentlichung im Internet und öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die Ratsversammlung beschließt die 63. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 „Brückenstraße/Rendsburger Straße“ für das Gebiet zwischen der Brückenstraße, der Rendsburger Straße sowie der Güterstraße im Stadtteil Gartenstadt.
3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt; Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlung umweltrelevanter Belange (Umweltprüfung) werden gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) bestätigt.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Flächennutzungsplanung dem Innenminister zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung ist anschließend nach § 6 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

10 .	62. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Messeerweiterung" - Aufstellungsbeschluss - Durchführung einer Umweltprüfung - Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: 0605/2023/DS
------	---

Die Ausschussvorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob eine Einbringung der Drucksache durch die Verwaltung gewünscht ist. Dies ist nicht der Fall. Anschließend wird über die Drucksache abgestimmt.

Beschluss:

1. Für das Gebiet östlich der Holstenhallen und nördlich der Brückenstraße im Stadtteil Gartenstadt ist der Flächennutzungsplan von 1990 der Stadt Neumünster zu ändern. Ein Teil der Kleingartenanlage soll in eine Erweiterungsfläche für die Holstenhallen umgewandelt werden; entsprechend ist anstelle der Grünfläche mit der Zweckbestimmung Dauerkleingärten eine Sonderbaufläche darzustellen.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet, sowie der Ausgleich festgestellt werden.
4. Die in ihren Aufgabenbereichen berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange sind über die Planung zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufzufordern.

5. Es ist eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ausschuss für Bauen, Stadtplanung und Umwelt

11 .	Bebauungsplan Nr. 102 A "Messeerweiterung" - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 102 "Max-Eyth-Straße/Brückenstraße (Messeumfahrung)" - Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 102 A "Messeerweiterung" - Durchführung einer Umweltprüfung - Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: 0629/2023/DS
------	--

Die Ausschussvorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob eine Einbringung der Drucksache durch die Verwaltung gewünscht ist. Der Wunsch besteht nicht.

Herr Feldmann-Jäger bringt folgenden Änderungsantrag zur Drucksache ein und begründet diesen.

Der Antragspunkt 1 (wird korrigiert)

Der Aufstellungsbeschluss vom **27.11.2019**

Der Antrags-Punkt 2 (wird ergänzt)

Für das Gebiet östlich der Holstenhallen und nördlich der Brückenstraße im Stadtteil Gartenstadt ist ein Bebauungsplan nach § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Durch die Planung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des Geländes der Holstenhallen als Ausstellungs- bzw. Stellplatzfläche geschaffen (werden),

als auch der Planungskorridors für die Radverkehrsroute 1 (Nord-Süd / alternative Variante) von Einfeld in die Innenstadt) gesichert werden.

IRIS (wird ergänzt)

Neumünster als Oberzentrum stärken
Wirtschaftsstandort strukturell stärken
Mobilität gestalten

Frau Dannheiser lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Anschließend wird über die geänderte Drucksache abgestimmt.

Beschluss:

1. Der Aufstellungsbeschluss vom 27. November 2019 Bebauungsplan Nr. 102 „Max-Eyth-Straße/Brückenstraße (Messeumfahrung)“ (Drucksache Nr. 0444/2018/DS) ist aufzuheben.
2. Für das Gebiet östlich der Holstenhallen und nördlich der Brückenstraße im Stadtteil Gartenstadt ist ein Bebauungsplan nach § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Durch die Planung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des Geländes der Holstenhallen als Ausstellungs- bzw. Stellplatzfläche geschaffen *als auch der Planungskorridors für die Radverkehrsroute 1 (Nord-Süd/alternative Variante) von Einfeld in die Innenstadt) gesichert werden.*
3. Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Umweltprüfung soll sich insbesondere auf die Belange des Naturschutzes sowie des Bodenschutzes beziehen.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
5. Es ist eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen; die in ihren Aufgabenbereichen berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange sind über die Planung zu informieren und zur Äußerung, auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufzufordern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ausschuss für Bauen, Stadtplanung und Umwelt

12 .	Ersatzneubau eines Schlammsilos auf der Kläranlage Neumünster Vorlage: 0626/2023/DS
------	--

Die Ausschussvorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob eine Einbringung der Drucksache durch die Verwaltung gewünscht ist. Dies ist nicht erwünscht. Anschließend wird über die Drucksache abgestimmt.

Beschluss:

1. Der Planung für die Errichtung eines Schlammsilos auf der Kläranlage Neumünster wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Baumaßnahme umzusetzen (Baubeschluss).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

13 .	Neufassung der Entgeltordnung TBZ Vorlage: 0538/2023/DS
------	--

Die Ausschussvorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob eine Einbringung der Drucksache durch die Verwaltung gewünscht ist. Dies ist nicht der Fall.

Eine kurze Frage aus dem Ausschuss beantwortet Herr Kühl.

Anschließend wird über die Drucksache abgestimmt.

Beschluss:

Die in der Anlage 3 beigefügte Neufassung der Entgeltordnung für die Inanspruchnahme von Leistungen des Fachdienstes Technisches Betriebszentrum der Stadt Neumünster (Entgeltordnung TBZ) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 1

Enthaltung: 1

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

14 .	Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung und der Abfallgebührensatzung Vorlage: 0588/2023/DS
------	--

Die Ausschussvorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob eine Einbringung der Drucksache durch die Verwaltung gewünscht ist. Dies wird nicht gewünscht. Anschließend wird über die Drucksache abgestimmt.

Beschluss:

1. Die anliegende Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Neumünster (Abfallwirtschaftssatzung) wird beschlossen.
2. Die anliegende Satzung der Stadt Neumünster über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der städtischen Einrichtungen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 2

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

15 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Es liegen keine dringlichen Vorlagen vor.

16 .	Mitteilungen
------	--------------

16.1 .	Brandschutzmaßnahmen an diversen Schulen Aktueller Sachstand Vorlage: 0262/2023/MV
--------	--

Es gibt keine Wortmeldungen hierzu.

Beschluss:

Kenntnisnahme

Endg. entsch. Stelle: Ausschuss für Bauen, Stadtplanung und Umwelt

16.2 .	Interessenbekundungsverfahren Parkcenter - Einordnung eines Schreibens eines Interessenten Vorlage: 0273/2023/MV
--------	--

Stadtbaurätin Frau Kling führt in die Mitteilungsvorlage ein und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Ein Ausschussmitglied erläutert, dass die Stadtpräsidentin im Rahmen der Selbstverwaltung die Verwaltung über bestimmte Vorgänge informiert habe. In diesem Zusammenhang seien auch Diskussionsvorschläge und Stellungnahmen eingegangen. Es wird betont, dass sowohl Verwaltung als auch Fraktionen in die entsprechenden Abstimmungen einbezogen werden sollen. Zudem sei es ein Anliegen gewesen, die Thematik im öffentlichen Teil des Ausschusses zu beraten.

In einer Wortmeldung wird die Verwaltung gefragt, weshalb sie sich bereits während des noch laufenden Bewerbungsverfahrens – dessen Frist bis zum 13. April 2026 läuft – schriftlich geäußert habe und wie mit möglichen weiteren Interessenten umgegangen werde.

Die Verwaltung erläutert, dass das betreffende Schreiben nicht Bestandteil des formellen Bewerbungsverfahrens sei, sondern einen separaten schriftlichen Vortrag außerhalb des laufenden Verfahrens darstelle.

Ein Ausschussmitglied erklärt, dass das Schreiben in der Fraktion beraten worden sei und keine vertraulichen Inhalte enthalten habe. Informationen, die nicht der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, könnten daher auch öffentlich diskutiert werden. In weiteren Wortmeldungen wird darauf hingewiesen, dass es üblich sei, dass Ratsmitglieder Schreiben erhalten, die nicht ausdrücklich als vertraulich gekennzeichnet sind.

Es wird außerdem darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Tagesordnungspunkt um eine Mitteilungsvorlage handele und daher keine Beschlussfassung erforderlich sei.

Mehrere Ausschussmitglieder äußern den Wunsch, nach Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens umfassend über die eingegangenen Bewerbungen informiert zu werden, einschließlich der Vorschläge, die nicht berücksichtigt wurden. Zudem wird darauf hingewiesen, dass ein bestehender Aufstellungsbeschluss

grundsätzlich geändert werden könne, sofern dies für die weitere Entwicklung des Projektes erforderlich sein sollte.

Die Verwaltung erläutert, dass zunächst das Interessenbekundungsverfahren abgeschlossen werden müsse. Anschließend werde das Ergebnis dem Ausschuss vorgestellt. Die Stadtbaurätin sagt zu, dem Ausschuss auch die nicht der Verfahrensausschreibung entsprechenden Interessenbekundungen vorzulegen. Sollte sich kein geeigneter Interessent finden, werde die Verwaltung Vorschläge zum weiteren Vorgehen unterbreiten. Die endgültige Entscheidung liege bei der Ratsversammlung.

Die Ausschussvorsitzende Frau Dannheiser schlägt vor, einem Vertreter des Unternehmens, dass das Schreiben eingereicht hat, kurzfristig die Möglichkeit zu geben, eine Stellungnahme im Ausschuss abzugeben und lässt darüber abstimmen.

Der Antrag erhält keine Mehrheit, sodass keine Stellungnahme durch das Unternehmen erfolgt.

Beschluss:

Kenntnisnahme

Endg. entsch. Stelle: Ausschuss für Bauen, Stadtplanung und Umwelt

16.3 .	Sonstige Mitteilungen
--------	-----------------------

Die Ausschussvorsitzende fragt Stadtbaurätin Frau Kling, ob die Querungen auf dem Großflecken im Zuge der Bauarbeiten für den Boulevard umgesetzt werden.

Stadtbaurätin Kling erläutert, dass die Querungen aufgrund von Kürzungsvorhaben des Innenministeriums derzeit nicht umgesetzt werden können. Grundsätzlich bestehe jedoch weiterhin das Ziel, die Maßnahmen schrittweise umzusetzen, sobald die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind. Dabei werde darauf geachtet, dass die Maßnahmen technisch sinnvoll und wirtschaftlich tragfähig realisiert werde.

gez. Franka Dannheiser
(Ausschussvorsitzende)

gez. Petra Kröger
(Protokollführerin)